



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerh. 2 Thlr. 15 Sgr. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Seite in Petitdr. 2 Sgr.

Ercheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 102. Mittags-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 2. März 1874.

Deutschland.

Berlin, 28. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem königlich sächsischen Rechtsanwält Dr. Stein zu Dresden und dem Vorsteher des Leipziger Eisenbahn-Compagnie, Banquier Wilhelm Scherff zu Leipzig, den königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Maj. der Kaiser und Königin haben im Namen des deutschen Reiches dem Staats-Procurator Friedrich Theodor Wilhelm Staedel in Straßburg zum Landgerichts-Rath ernannt.

Se. Maj. der Kaiser haben im Namen des deutschen Reiches die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg i. E. vollzogenen Ernennungen des Pfarrers Johann Philipp Fischer zu Dillweier zum Pfarrer in Nittershofen, im Bezirke Unter-Elß, und des Pfarrers Friedrich Liebrich, bisher zu Oberholl in Algier, zum Pfarrer in Hagenweiler, im Bezirke Lothringen, bestätigt.

Der Friedensrichter Urban Hagenaue zu Falkenberg ist an das Friedensgericht II. in Straßburg versetzt.

Se. Maj. der König hat den Universitäts-Stallmeister Gustav Julius André zu Halle a. d. Saale unter dem Namen: „André genannt von Arleben-Magnus“ geädelt, und dem Rentier Adolf Liebermann in Berlin die Führung des ihm von Se. Majestät dem Kaiser von Oesterreich unter dem Namen „Liebermann von Wahlendorf“ verliehenen erblichen Ritterstandes gestattet; sowie den Kreisgerichts-Rath Stiefel in Duisburg zum Rath bei dem Appellationsgericht in Breslau; und den Divisions-Pfarrer a. D. Hermann August Anton Hoepfner in Neubredow zum Consistorialrath und Mitgliede des Consistoriums der Rheinprovinz ernannt. Der praktische Arzt Dr. von Chamisso zu Berlin ist zum Medicinal-Assessor bei dem Medicinal-Collegium der Provinz Brandenburg ernannt worden. — Am Gymnasium zu Weuthen O. S. ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Fiebig zum Oberlehrer genehmigt worden. — Dem Musikdirector Richard Wuerst in Berlin ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden. — Der bisherige Baumeister Kengel ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister im Bereiche der königlichen Eisenbahn-Direction zu Saarbrücken mit Anweisung des Wohnsitzes zu Cochem a. d. Mosel angestellt worden.

Den Civil-Ingenieuren Camozzi und Schölffer zu Frankfurt a. M. ist unter dem 25. Februar 1874 ein Patent auf eine Stanzmaschine zum Ausschneiden von Fußnägeln aus Blechstreifen auf drei Jahre ertheilt worden. — Das dem General-Inspecteur der österreichischen Staats-Eisenbahngesellschaft August Bockisch in Wien unter dem 2. März 1869 ertheilte Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Kraft-Regenerator für Wasserhebungs-Maschinen, ist um drei Jahre, also bis zum 2. März 1877, verlängert worden.

Berlin, 28. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.] nahmen heute die Meldung der zur Dienstleistung bei Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen von Wales und dem Herzog von Edinburgh commandirten Herren entgegen, empfingen Se. kaiserliche und königliche Hoheit den Kronprinzen, und ließen Allerhöchstdieselben Nachmittags vom General von Albedyll Vortrag halten.

Gestern dinirten Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin mit Ihrer kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Baden bei den kaiserlichen Majestäten. Abends erschien Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihrer kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Baden auf einer Soirée bei der Ober-Hofmeisterin Gräfin v. d. Schulenburg.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz.] wohnte gestern Vormittag von 11³/₄ Uhr ab der Versammlung des Congresses deutscher Landwirthe bei und empfing um 3¹/₂ Uhr den Major Goltz vom Kriegs-Ministerium. Um 5 Uhr nahmen Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin das Diner bei Ihren Majestäten und statten um 6¹/₂ Uhr Ihrer kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Baden im königl. Schloß einen Besuch ab. Um 7 Uhr begab sich Se. kaiserliche und königliche Hoheit nach dem Opernhaus.

Berlin, 1. März. [Das Bischofsgebot. — Das Parlamentarische.] Das sogenannte „Bischofsgebot“ betreffend die Ausweisung bzw. Internirung von Geistlichen, welche des Amtes entsetzt sind, ist im Bundesrathe wie im Reichstage auf mancherlei Bedenken gestoßen. Man sieht daher mit Spannung der Berathung des Entwurfes im Justizauschuß entgegen. Der bis jetzt hervorgetretene Widerspruch geht vorwiegend von süddeutschen Kreisen aus; hoffentlich wird es der Motivirung des legislativischen Bedürfnisses für das Gesetz im Bundesrathe wie im Reichstage gelingen die Bedenken zu zerstreuen. — Bezüglich des jüngsten Beschlusses des Reichstages über den Bau des künftigen Parlamentshauses hat nun auch der Bundesrath beliebt, eine Commission zu berufen, welche den Antrag des Reichstages prüfen und darüber weiter befinden soll. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist also noch nicht gesprochen. Möglicher, ja sogar wahrscheinlicher Weise gehen neue Vorschläge aus dem Bundesrathe hervor, zumal da sich der Ausführung des Baues in der Königgräßer Straße fast unübersehbare Hindernisse entgegenstellen, die hauptsächlich in der Weigerung des Kriegsministeriums und des Herrenhauses liegen, das erforderliche Terrain abzutreten. Inzwischen wird am jetzigen provisorischen Reichstagsgebäude demnächst die Reihe von Uebelfänden beseitigt werden, welche aus den jetzigen beschränkten Räumen des Leszimmars entstanden waren. Der neue sehr stattliche Lesesaal des Herrenhauses wird jetzt nach seiner Vollendung dem Reichstage zur Benutzung überlassen werden; der Zugang ist in der kleinen bedeckten Veranda vom Garten aus angebracht.

[Die Versetzung des bisherigen Botschafters in Paris, des Grafen von Arnim] in den Ruhestand hat Diejenigen nicht überrascht, welche die Differenzen zwischen ihm und dem Reichskanzler kennen. Dieselben datiren schon aus dem vorigen Jahre seit dem Amtsantritt des Herzogs von Magenta als Präsidenten der Republik; in der Auffassung derselben haben sich bei dem Reichskanzler, der in der Präsidentschaft des Herrn Thiers die einzige Bürgschaft des friedlichen Einvernehmens mit Deutschland erblickte, und dem Botschafter, welcher entsprechend den beziehungsweise legitimistischen Tendenzen seiner Familie sich Mac-Mahon geneigter zeigte, als dies mit den Ansichten des Reichskanzlers vereinbar war, widersprechende Anschauungen fund, die jetzt durch die Ernennung des Fürsten Hohenlohe-Schillingfürst zum Austrag kommen.

[Das Obertribunal] hat am 26. v. Mts. in der Angelegenheit des Erzbischofs Melchers in Betreff der Auslegung des § 22 des Gesetzes vom 11. Mai v. Z. über die Anstellung der Geistlichen unter Verwerfung des Cassationsrecurses des Erzbischofs endgültig entschieden, daß der erwähnte Paragraph auch dann Anwendung findet, wenn ein geistlicher Oberer einem Candidaten ein geistliches Amt übertrage, ohne die vorgeschriebene Anzeige zu machen und sich zu vergewissern, daß von der Staatsregierung kein Einspruch erhoben werde. Es ist zu erwarten, daß auch in den Tarnowitzer und ähnlichen Fällen ebenso verfahren werde.

warten, daß auch in den Tarnowitzer und ähnlichen Fällen ebenso verfahren werde.

[Graf Johannes Renard,] welcher seit längerer Zeit bedenklich erkrankt war, hält sich seit Kurzem in Wien auf und hat sich daselbst einer Operation von Seiten des Professors Billroth unterzogen, welche, nach den bisherigen Berichten, glücklich verlaufen ist.

[Der Ministerial-Director] im Handelsministerium, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Moser, welcher während der Wiener Weltausstellung als Vorsitzender der Central-Commission des deutschen Reichs fungirte und von Wien bereits in leidendem Zustande hierher zurückkehrte, ist am 26. d. Mts., Abends 6¹/₂ Uhr, im 58. Lebensjahre hieselbst verstorben.

Hamburg, 26. Februar. [Bürgerchaftsbeschlüsse.] In ihrer gestrigen Versammlung hat die hiesige Bürgerchaft, wie der „H.“ meldet, zwei wichtige Beschlüsse gefaßt. In zweiter Abstimmung wurde der Antrag des Senats auf Erweiterung der hamburgischen Volksvertretung durch Aufnahme von vier Repräsentanten Bergedorfs angenommen und sodann die beantragte Erhöhung der Gehalte sämtlicher Staatsbeamten um ein Fünftel ihres Betrages (für Beamte mit 1500 Mark und darunter um 25 Procent) zur Annahme gebracht.

Köln, 26. Febr. [Der Verkauf der dem Weibischof Dr. Vaudri gepfändeten Möbel] macht, bevor er in Vollzug gelangt, große Sensation. Derselbe soll erst am nächsten Sonnabend stattfinden, hat aber gestern in Folge einer falschen Zeitungsnachricht eine große Volksansammlung auf dem Altenmarkt veranlaßt. Es war nämlich mitgetheilt worden, der Verkauf werde schon gestern auf dem genannten Markte vor sich gehen, weshalb sich das Volk zahlreich einfand und Stunden lang vergebens ausharrte. Später wurde beschlossen, den Verkauf auf dem Heumarkt vorzunehmen, was verschiedene Zeitungen von privater Seite mit dem Bemerkten mitgetheilt wurde, die Regierung habe die Polizeibehörde angewiesen, mehr Schutzmänner zu diesem Verkauf zu beordern, als bei dem aufgegeben waren, der bei dem Erzbischof stattgefunden. Es traf sich nun, daß diese Nachricht eher gedruckt war, als sie von der Regierung dem Polizeipräsidenten zugegangen. Da die Behörde von der Ansicht ausgeht, es dürfte hier ein Bruch des Amts-Geheimnisses vorliegen, ist der betreffende Literat heute protokollarisch vernommen worden, hat jedoch, wie es heißt, die Auskunft über seine Quelle verweigert. (Fr. Z.)

Mainz, 26. Februar. [Wallfahrtschwärme.] Allen Anschein nach brütet man im ultramontanen Lager an einem Plane, auf welche Weise sich der demonstrative Wallfahrtschwärme, wie ihn im vergangenen Jahre Frankreich sah, nach Deutschland, zunächst an den Rhein, verpflanzen lasse, nachdem nach und nach der jesuitische Herz-Jesu-Cultus auf verschiedenen Wegen, neuerdings auch durch das Collectiv-Gitenschriften der preussischen Bischöfe, angeregt worden ist. „Bitt- und Sühn-Wallfahrten“ zu neugebenedikten „Herz-Jesu“-Capellen mit Beistunden und Sühn-Messen für die an der Kirche Gottes begangenen Frevel, zu welchen Wallfahrten man weibliches Publikum preßt durch Unterschriften, die so verpflichten sollen, daß „keine Macht“ mehr von dem Herz-Jesu-Dienst lossprechen kann, haben bereits in unserer Provinz stattgefunden und sollen in größerem Maßstab wiederholt werden. Im Rheingau sollen die durch Ausweisung der Jesuiten und Redemptoristen leer gewordenen Klöster Marienthal und das durch die Erfindung und Fabrication des papiernen Gebet-Streifens, der „Heiligen-Länge unseres Herrn Jesu Christi“ („so, um den preßhaften weiblichen Leib gewickelt, außerordentlich heilsam wirkt“), bekannte Bornhofen mit Angehörigen noch erlaubter Orden wieder bevölkert werden, bevor die „Saison“ beginnt. Einstweilen hat man einige Schauer-Geschichten, z. B. von einem adelichen adeligen Kreuzes-Schänder, der nur von dem wunderbaren Marienbilde Erlösung erhalten könne, erfunden, um dem betlistigen Wallfahrts-Schwarm das nöthige Schauergelühl und ein allgemeineres Aufsehen zu erwecken. Von den betreffenden Orten werden diese Schwindelereien, wenn nicht gefördert, doch auch nicht gehindert, der bedeutenden pecuniären Vortheile solcher Wallfahrten wegen. Und das ist der zweite mächtige Hebel, der diese schlaue Ausbeutung der menschlichen Dummheit auf's Mächtigste fördert, wenn man ihr nicht im Interesse des öffentlichen Friedens und in Rücksicht auf die Moral Schranken setzt. (Fr. Z.)

Darmstadt, 27. Februar. [Auf Veranlassung des Reichs-Kanzleramts] hat das Finanzministerium die Einziehung der sechs-Kreuzer- und Halbgulden-Stücke süddeutschen Gepräges verfügt. Für dieselben werden Zwanzig-Pfennig-Stücke und ein-Markstücke, welche theilweise aus preussischen Münzfalten entnommen werden, in Umlauf gesetzt.

Kaiserslautern, 24. Februar. [Proceß gegen den Bischof von Speyer.] Vor dem hiesigen Bezirksgericht wurde gestern die bekannte Klage der Strumpfwirbers-Gheleute Martin zu Kufel gegen den Bischof von Speyer wegen verleumdender Beleidigung verhandelt. Der Bischof stützt sich darauf, daß die katholische Kirche die Ehe als unauflösbar betrachte, also auch nach ausgesprochener Scheidung als fortbestehend ansehe, und deshalb eine geschiedene Katholikin (bei Beiseiten des andern geschiedenen Gheheils) nicht mehr heirathen könne, ohne sich einer Sünde schuldig zu machen. Die klagenden Gheleute hingegen wenden ein, daß die erste Ehe rechtsgiltig geschieden und die zweite (Ehe) wie die erste rechtsgiltig eingegangen sei, und indem der Bischof letztere ein eheliches Verhältniß nenne, mache er sich zugleich eines strafbaren Angriffs gegen eine staatliche Einrichtung, die Ehe, schuldig. Der klägerische Anwalt hob hervor, daß die römisch-katholische Hierarchie, um zur Herrschaft im Staate zu gelangen, heute gegen die ganze moderne Staats-Vee mit allen Mitteln ankämpfe, und daß ihr vornehmlich die Civilehe ein Dorn im Auge sei, wie nicht minder die gemischten Ehen, obwohl doch oder vielleicht weil diese ein friedliches Zusammenleben der Angehörigen der verschiedenen Confessionen zu befördern geeignet seien. Auch der Staatsanwalt führte aus, daß der Bischof sich straffällig gemacht, daß er gegenüber der Frau in Ausübung des nicht zu bestreitenden kirchlichen Censur-rechts durch den Gebrauch eines absolut beleidigenden Ausdrucks die gesetzlichen Schranken überschritten, daß er sich dadurch um so mehr gegenüber dem seiner Censur gar nicht unterworfenen protestantischen Mann einer Verleumdung schuldig gemacht habe. Das Urtheil des Gerichts wird am 3. März verkündigt werden. Der Bischof war bei der Verhandlung weder selbst erschienen, noch ließ er sich durch einen Anwalt vertreten. Zur Illustrirung des Thatbestandes muß noch bemerkt werden, daß nicht nur der Strumpfwirber Martin Protestant ist, sondern daß auch seine erste Frau, von welcher er geschieden ist, der protestantischen Confession angehört, daß also die Eingebung wie Auflösung dieser Ehe der Jurisdiction der katholischen Kirche in keiner Weise unterliegt. Nichtsdestoweniger behauptet der Bischof, daß die wegen Verleumdung der Frau geschiedene erste Ehe nach der Lehre der katholischen Kirche noch fortbestehe. Noch bezeichnender aber ist, daß die zweite Ehe Martins anfangs weder bei dem katholischen Pfarre-

von Kufel noch bei dem bischöflichen Ordinariat in Speier Anstoß erregte, sondern daß ihnen das Aergerniß erst dann kam, als Martin ein dieser Ehe entprossenes Kind protestantisch taufen ließ. Nun fand man auf einmal, daß diese Ehe „dem göttlichen und menschlichen Gesetz zuwider sei, schweres öffentliches Aergerniß gebe, die christliche Zucht und Ordnung verlege“ etc.

Aus Baden, 26. Februar. [Köthar Kübel.] In der Mißachtung der Maigesetze läßt der Erzbischofsmagister in Freiburg in Betreff des zum Erzbisthum gehörigen Hohenjollern seinen Confratribus in Preußen keinen Vorprung. Dr. Kübel ist daher jetzt ein zweites Mal vom Kreisgericht Hedingen wegen unter Nichtbeachtung der Maigesetze erfolgter Anstellung des Pfarrverwesers Pfister in Wisingen um 300 Thaler gestraft worden. Auch mit der Nichtbezahlung der Strafen hält es Dr. Kübel genau wie seine preussischen Collegen. (R. Z.)

Oesterreich.

Wien, 1. März. [Conferenz.] Heute Vormittag hat bei dem Ministerpräsidenten eine Konferenz stattgefunden, an welcher mehrere Minister, sowie der Präsident des Abgeordnetenhauses und mehrere Deputirte des Reichsrathes Theil nahmen. Es wurde über die Eintheilung der Zeit zur Erledigung der mannigfachen dem Abgeordnetenhause noch vorliegenden Gesetze und anderer Geschäfte verhandelt und hierbei ein allseitiges Einverständnis erzielt. Hiernach soll vor Ostern d. Z. eine kurze und in der zweiten Hälfte des April d. Z. eine längere Vertagung des Reichsrathes eintreten, letztere, weil um diese Zeit ein Zusammentreten der Delegationen in Aussicht genommen ist. Ferner wurde die Absicht ausgedrückt, die Landtage zum 15. September c., den Reichsrath zum 15. October c. einzuberufen, damit die verfassungsmäßige Feststellung des Finanzgesetzes pro 1875 rechtzeitig ermöglicht werde.

Frankreich.

○ **Paris, 26. Februar, Abends.** [Gerüchte von einer Ministerkrise. — Planter.] In Versailles erklärt man das Resultat der gestrigen Quästionwahl als einen Beweis dafür, daß ein Theil des rechten Centrums zu dem linken Centrum zu halten beginnt. Es ist also wieder stark von der Fusion der Centren die Rede und damit zusammenhängend kommen wieder die Gerüchte von einer Veränderung des Ministeriums in Umlauf. Dr. Broglie, heißt es, wird aus dem Cabinet scheiden, Decazes die Leitung des Cabinets und Goulard das Innere übernehmen. Auch in dem Umfange, daß heute mehrere hervorragende Deputirte des linken Centrums, wie L. Perier, Leon Say u. s. w. bei Mac Mahon speisen, wollen Einige ein Zeichen für die Veränderung der Situation in dem angegebenen Sinne erkennen. Für jetzt ist alle dem wenig Werth beizulegen; aber eine Veränderung der parlamentarischen Lage scheint darum doch binnen einiger Zeit unvermeidlich. — Es ist nicht wahr, daß, wie einige Blätter behaupten, der Bischof Plantier seine Entlassung gegeben habe.

○ **Paris, 27. Febr.** [Aus der Nationalversammlung. — Zur Steuerdebatte. — Drei Minister in der Klemme. — Zum Wahlgesetz. — Amerikanische Anerkennungsadresse für Thiers. — Der „Gaulois“.] Die Nationalversammlung hat gestern eine merkwürdige Sitzung gehalten. Bei der Debatte über die Zuckerraffinerien sind drei Minister ernstlich in Gefahr gerathen, ihre Portefeuilles zu verlieren. Wenn das Cabinet noch mit einem blauen Auge davon gekommen ist, so mag es sich dafür bei Herrn Pouyer-Quertier bedanken, demselben Pouyer-Quertier, der den ganzen Lärm angestiftet hatte. Dies ging so zu. Wie gestern gemeldet, hatte Pouyer-Quertier seinen Antrag auf Einführung der Inspection in die Zuckerraffinerien am Mittwoch mit solchem Eifer vertheidigt, daß er die ganze Versammlung mit fortis. Die große Mehrheit war ganz offen für den Antrag gewonnen. Ob Pouyer-Quertier im Grunde Recht oder Unrecht hatte, gleichviel, man wußte ihm Dank dafür, daß er nach einer tödtlich langweiligen Steuerdiskussion, die Gemüther durch eine unterhaltende Rede ein wenig aufgerüttelt hatte. Nach Pouyer-Quertier's Rede kündigte am Mittwoch der Minister Decazes an, daß er einige Einwendungen zu machen habe, und die Debatte war auf gestern verlegt. Gestern nun erschien zuerst nicht Decazes, sondern der Handelsminister Deseilligny auf der Tribüne und sprach eine Stunde mit eindringlicher Sanftmuth, aber ohne den geringsten Erfolg gegen Pouyer-Quertier's Antrag. Als Pouyer-Quertier ihm antwortete, brach der Beifallsturm stärker als jemals los. Darauf kam Decazes seinem Collegen zu Hilfe und legte dar, daß die bestehenden Handelsverträge sich schwerlich so leicht, wie Pouyer-Quertier glaubt, werden lösen lassen, daß also Frankreich doch gezwungen sein werde, bis nach Ablauf der Verträge mit Einführung der Inspection zu warten und daß folglich das von Pouyer-Quertier verlangte Votum ein platonisches sein werde. Gewöhnlich findet Decazes Beifall bei der Mehrheit; diesmal wurde er mit der größten Ruhe aufgenommen. Er gerieth in Aerger, wurde persönlich und schädete seiner Sache mehr als er ihr nützte. Neue Rede Pouyer-Quertier's, neuer gesteigerter Beifall. Darauf machte der Finanzminister Magne einen Versuch, Pouyer-Quertier durch Spötereien zu entwaffnen; aber auch mit so wenig Erfolg, daß der Angegriffene es gar nicht für nöthig hielt zu antworten. Raoul Duval wollte noch zu Gunsten der Zuckerraffinerie eintreten, aber die Kammer votirte den Schluß der Debatte, und Buffet mußte zur Abstimmung schreiten lassen. Es war Namensabstimmung verlangt, aber man wartete vergeblich auf Eröffnung des Scrutiniums. Die Linke rief nach den Urnen, aber der Präsident verhielt sich unbeweglich. Man bemerkte alsdann, daß sich zur Rechten eine sonderbare Scene zutrug. Das rechte Centrum war in vollem Aufstand; Pouyer-Quertier wurde von den Freunden der Minister und den Ministern selber umringt. Es war ganz klar, daß das Votum ungünstig für die Regierung ausfallen werde, und man drang in Pouyer-Quertier, seinen Antrag zurückzunehmen. Pouyer-Quertier hielt Stand und alle fünf Minuten stieg ein Mitglied der ministeriellen Partei auf die Präsidententribüne, um Herrn Buffet etwas in 3 Uhr zu flüstern. Herr Buffet befiel beständig die Gruppe zur Rechten im Auge und machte mehrere offensiblen Anstrengungen, den Lärm zu bewältigen, gab sie aber jedesmal als hoffnungslos auf. Endlich gab Pouyer-Quertier nach und durch einen interessanten Zufall, wurde Buffet im nämlichen Augenblick wieder Meister der Versammlung. Er eröffnete wieder die Sitzung, die eine halbe Stunde lang thätiglich unterbrochen gewesen, und gab Pouyer-Quertier das Wort. Dieser stieg auf die Tribüne und erklärte, er lasse seinen Antrag fallen, oder vielmehr er behalte

Provinzial-Beitung.

